



Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Rede beim 20. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG BAU

Berlin, 14. September 2009

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Delegierte, lieber Klaus, meine Damen und Herren,

ich überbringe Euch die solidarischen Grüße der deutschen Gewerkschaften und ihres Bundes zu Eurem 20. Ordentlichen Gewerkschaftstag. Wir wünschen Euren Beratungen, wir wünschen der künftigen Arbeit der IG Bauen, Agrar und Umwelt allen Erfolg.

Die IG B A U gehört ohne Zweifel zu den Gewerkschaften, die am meisten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten mit Strukturwandel und Krisen zu kämpfen hatten. Massive Arbeitsplatzvernichtung begleitet von unglaublich schweren Angriffen auf die von Euch durchgesetzten sozialen und materiellen Rechte sind bei Euch schon fast Alltag.

Die allgemeine Wirtschaftskrise, die von unverantwortlichen Finanzhaien und gierigen Spekulanten verursacht wurde, kommt jetzt noch dazu. Und das in einer Zeit, in der wir alle ein Stück Hoffnung auf Konsolidierung insbesondere in der Baubranche hatten.

Zugleich bieten die von uns durchgesetzten Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur durchaus auch Chancen für Euch. Und zwar dann, wenn die Programme zur energetischen Gebäudesanierung oder zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur insbesondere in den Städten und Gemeinden entschlossen umgesetzt und ausgebaut werden.

Doch wir alle wissen, die Programme reichen nicht aus. Weder für Eure Branche, noch für unsere Volkswirtschaft.

Und - die Krise ist noch lange nicht vorbei. Natürlich beteiligten wir uns nicht daran, die Situation noch schlimmer zu reden als sie ist. Aber die gerade in Wahlkampfzeiten praktizierte Schönbeterei ist alles andere als verantwortungsbewusst.

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324



Denn wir alle wissen, der Wirtschaftseinbruch in Deutschland und in den westlichen Industriestaaten ist so tief, dass wir noch viele Jahre brauchen werden, um das Wirtschaftsniveau des Jahres 2007 wieder zu erreichen.

Wir müssen befürchten, dass die gemeinsam mit Arbeitgebern und Regierung errichteten Beschäftigungsbrücken wie die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes oder die Konjunkturprogramme nicht ausreichen, eine deutliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Und zwar der Vollzeit-Arbeitslosigkeit.

In dieser Situation appelliere ich an die Arbeitgeber, alles zu tun, die Menschen vor dem Verlust ihrer Existenz zu bewahren und sowohl sozial als auch ökonomisch verantwortungsbewusst zu handeln.

Ich fordere die Union auf, endlich den Weg für eine geförderte Altersteilzeitregelung frei zu machen und damit jungen Menschen eine Chance auf Arbeit und Übernahme zu geben und zugleich älteren Beschäftigten ein sozial abgesichertes Ausscheiden aus dem Beruf zu ermöglichen.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir brauchen sowohl aus beschäftigungspolitischen als auch aus sozialen und humanen Gründen einen wesentlich erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente, und zwar ohne Abschläge.

Das – und wozu ich jetzt sprechen werde – wäre mit Schwarz-Gelb nicht zu machen. Es gibt viele gute Gründe, warum wir Schwarz-Gelb nicht wollen.

Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt müssen wir alles daran setzen, die Zahl derer, die von Hartz IV leben müssen, deutlich zu verringern und nicht auch noch krisenbedingt ausufern zu lassen.

Und deswegen erwarte ich von der neuen Bundesregierung und dem neuen Bundestag, schnellstmöglich Vorsorge zu treffen, dass in dieser Krise möglichst viele Menschen davor bewahrt werden, auch noch in Hartz IV zu rutschen.

Konkret: Wir fordern, das System der Arbeitslosenversicherung um ein zeitlich befristetes Überbrückungsgeld zu ergänzen. Wir wollen den Menschen, die jetzt unverschuldet arbeitslos werden, die Chance geben, auch nach einem Jahr Arbeitslosigkeit ihren Lebensstandard einigermaßen zu halten und nicht den Absturz in die Armut erleben zu müssen.

Sicher, unsere Forderung nach einer deutlichen Verbesserung des Hartz IV-Systems, von wesentlich höheren Schonvermögen bis zu einer spürbaren Anhebung des Regelsatzes geben wir nicht auf.

Das aber reicht in dieser Krise nicht aus, wenn wir einen gewaltigen Aderlass von Qualifikation und betrieblichem Know-How in unseren Unternehmen verhindern wollen. Von diesem Kollateralschaden würde sich unsere gesamte Wirtschaft lange nicht erholen.



Ich weiß, da muss mancher Politiker über seinen selbst gezimmerten Schatten springen. Es wird Zeit, dass endlich gesprungen wird. Und das nicht nur bei Hartz IV, der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und dem von uns geforderten Überbrückungsgeld, sondern zum Beispiel auch im Rentenrecht.

Ich weiß, in knapp zwei Wochen ist Bundestagswahl. Aber getreu dem alten Motto „Besser zu spät als nie“ erwarte ich von einer wichtigen Volkspartei in diesem Land, dass sie alle Möglichkeiten nutzt, sich von der Idee der Rente mit 67 samt der damit vorgesehenen Abschläge zu lösen.

Und da sich die andere große Volkspartei in dieser Frage als klammheimlicher sozialpolitischer Trittbrettfahrer geriert, sage ich: Egal, wer von Ihnen Kanzler wird oder Kanzlerin bleibt, wir erwarten, dass Sie die Überprüfungs Klausel zur Rente mit 67 ernst nehmen und spätestens im Jahr 2010 dem Spuk ein Ende bereiten.

Wir brauchen sicherlich flexible Möglichkeiten des Übergangs von der Arbeit in die Rente. Was wir aber nicht brauchen, ist Altersarmut. Und was wir ohne Abstriche und Abschläge erwarten ist, dass jeder und jede nach einem langen harten Arbeitsleben menschenwürdig von der Rente leben kann.

Aber wer heute nicht anständig verdient, der bekommt morgen auch keine auskömmliche Rente.

Das System der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung ist für uns die zentrale Säule der Altersversorgung. Aber es darf auch nicht ausgehöhlt werden - weder durch krisenbedingte Kürzungen der gesetzlichen Zuschüsse zum Rentensystem noch durch Arbeitseinkommen, die heute nicht zum Leben reichen und morgen nicht zum Sterben.

Und damit bin ich beim Thema der Mindestlöhne. Denn überall dort, wo Leiharbeit für Lohn- und Sozialdumping missbraucht wird, wo sich Arbeitgeber der Tarifautonomie entziehen, überall dort, wo prekäre Arbeit gute Arbeit zerstört, überall dort, wo Arbeitgeber darauf spekulieren, dass der Staat mit ergänzendem Hartz IV ihre Hungerlöhne subventioniert, überall dort brauchen wir gesetzlich abgesicherte Mindestlöhne.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seid die Gewerkschaft, die die meisten Erfahrungen mit dem System von Mindestlöhnen in Deutschland hat. Ihr wisst, wie kreativ Arbeitgeber werden können, wenn sie versuchen, auch dieses System zu unterlaufen. Und wie sie permanenten Druck ausüben, um auch die Mindestlöhne zu drücken.

Als Beispiel erinnere ich nur an euren aktuellen Konflikt im Gebäudereinigerhandwerk.



Dennoch, es bleibt bei unserem Dreiklang:

- Das wichtigste gewerkschaftliche Mittel zur Durchsetzung menschenwürdiger Löhne ist und bleibt die Tarifautonomie.
- Wir werden immer wieder versuchen, frei vereinbarte Tariflöhne für allgemeinverbindlich zu erklären, auch über den Weg des Entsendegesetzes.
- Da Arbeit nicht arm machen darf, und wir die Würde der arbeitenden Menschen verteidigen, kämpfen wir für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, als unterste Lohngrenze in Deutschland. Und dass das nicht mehr lange € 7,50 sein können, das muss auch jedem klar sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das heißt auch, dass wir auch in der Krise den Forderungen mancher Arbeitgeber nach einer weiteren Senkung der Löhne eine eindeutige Absage erteilen.

Die vom Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände jüngst erhobene Forderung nach Lohnverzicht in der Krise ist in jeder Hinsicht falsch. Das gilt auch für die vom Handwerkspräsidenten geforderte Verlängerung der Arbeitszeit. Beides ist verteilungspolitisch kontraproduktiv, volkswirtschaftlich schädlich und menschlich unanständig.

Denn nicht die arbeitenden Menschen haben diese Krise verursacht, und deshalb wäre es nun wirklich nicht in Ordnung, wenn sie gleich zwei Mal die Zeche zahlen müssten: Mit ihren Steuer Groschen für Bankenrettungsprogramme und mit Lohnverzicht.

Anders wird ein Schuh draus: Diejenigen, die im vergangenen Jahrzehnt vom Aufschwung wirklich profitiert haben, und das waren nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern die Kapitalbesitzer und Vermögenden müssen ihren Beitrag leisten. Nicht Lohnverzicht, sondern Finanztransaktionssteuern, Reichensteuer, Vermögens- und Erbschaftssteuer sind die Hebel, an denen wir ansetzen müssen.

So wichtig es ist, dass wir jetzt versuchen, gemeinsam die schlimmsten Folgen der Krise zu mindern, und den Industriestandort Deutschland zukunftsfähig zu machen, so wichtig bleibt es, die Krisenlasten gerecht zu verteilen.

Und prinzipiell müssen wir alles unternehmen, dem System von Gier und Geiz, von Spekulation und globalem Betrug, von unanständig hohen Boni und Shareholder-Value-Kapitalismus ein Ende zu bereiten.

Wir nehmen zur Kenntnis: Der real existierende Sozialismus hat ebenso versagt wie der grenzenlose, unregulierte Kapitalismus. Es ist an der Zeit, nach einem neuen, menschenwürdigen Weg zu suchen. Wir müssen umdenken und gegenlenken.

Und wir müssen wählen gehen. Denn wer nicht wählt, wird auch regiert.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche Euch gute Debatten und kluge Beschlüsse.